

Deglobalisierung - Zwanzig Jahre später (Zur Diskussion)

Bello, Walden

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bello, W. (2021). Deglobalisierung - Zwanzig Jahre später (Zur Diskussion). *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 41(1), 94-113. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Walden Bello

Deglobalisierung – Zwanzig Jahre später

(Zur Diskussion)

Das Paradigma der Deglobalisierung wurde im Jahr 2000 von *Focus on the Global South* entwickelt, zu einer Zeit, als die von Konzernen getriebene Globalisierung unaufhaltsam zu sein schien. Seitdem hat das Paradigma eine interessante Geschichte hinter sich. Deglobalisierung wurde zunächst in progressiven Kreisen diskutiert, erst nach der Finanzimplosion von 2008 erregte sie die Aufmerksamkeit des Mainstreams. Der *Economist* schrieb, dass die „Integration der Weltwirtschaft an fast allen Fronten auf dem Rückzug ist“ und dass der wirtschaftliche Zusammenbruch „einen neuen Begriff populär gemacht hat: Deglobalisierung“. Einige Kapitalismuskritiker:innen scheinen sich darüber zu freuen. Wiederum andere, wie der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown, warnen vor den negativen Folgen (The Economist 2009).

Als Programm zur Organisation der Wirtschaft wurde die Deglobalisierung interessanterweise zuerst in Frankreich angeregt. Sie inspirierte das Programm von Arnaud Montebourg, einem Sozialisten, der 2012 für die französische Präsidentschaft kandidierte. In einem Bericht heißt es:

„Die Utopie der Deglobalisierung ist umso ansprechender, als Montebourg darauf hinweist, dass es sich nicht um den Traum eines reichen Mannes handelt, der die Armen in Schach hält, und dass das Konzept auf den in Princeton ausgebildeten philippinischen Schriftsteller, Politiker und Mann des Südens Walden Bello zurückgeht.“ (Haski 2011)

Derselbe Bericht wies jedoch darauf hin, dass die Deglobalisierung auch von der Rechten in Frankreich aufgegriffen wurde. Marine Le Pen, die umstrittene Chefin des Front National,

„treibt die Idee weiter, da sie einen Austritt Frankreichs aus dem Euro und die Errichtung von Barrieren an Frankreichs Grenzen befürwortet. Ihr Plan, ein Ein-Land-gegen-Alle-Ansatz, macht wirtschaftlich keinen Sinn, hat aber einen starken nationalistischen und emotionalen Reiz“ (ebd.).

Zum Glück sagt niemand aus der europäischen Rechten, dass er die Idee von mir und dem Focus on the Global South hat. Aber leider ist es so, dass heute

die Deglobalisierung und die Kritik an der Globalisierung im Allgemeinen mit der Rechten identifiziert werden.

Diese Situation macht es umso dringender, zu klären, worum es bei der Deglobalisierung geht und warum sie etwas ist, das mit Befreiung und nicht mit Fremdenfeindlichkeit in Verbindung gebracht werden sollte. Eine Klärung ist jedoch nicht nur notwendig, um die Deglobalisierung von ihrer Vereinnahmung durch die Rechte zu lösen, sondern auch, um ihre Relevanz als befreiendes Paradigma für die heutige Welt zu beurteilen. Mit anderen Worten: Die Welt hat sich seit den 2000er Jahren, als wir die Deglobalisierung zum ersten Mal artikulierten, vorwärts bewegt – oder rückwärts, je nachdem. Abgesehen von der Finanzkrise 2008 sind andere Entwicklungen in den Vordergrund getreten, wie die Beschleunigung des Klimawandels, die Automatisierung und die Ungleichheit. Angesichts dieser Veränderungen lohnt es sich, die Deglobalisierung noch einmal daraufhin zu überprüfen, ob sie immer noch einen Weg darstellt, mit diesen Entwicklungen umzugehen und sie mit anderen alternativen Paradigmen zu vergleichen, die in jüngerer Zeit Aufmerksamkeit erregt haben.

Wie die Rechte die Deglobalisierung gekapert hat

Doch bevor wir uns an diese umfassendere Aufgabe machen, ist es wichtig, das Rätsel zu beantworten, wie die Globalisierungskritik von der Rechten gekapert wurde.

In einer Rede zu Ehren Nelson Mandelas in Johannesburg am 17. Juli 2018 bemerkte der ehemalige US-Präsident Barack Obama, dass

„die Herausforderungen für die Globalisierung zuerst von links kamen, dann aber stärker von rechts, als man begann, populistische Bewegungen zu sehen ... [die] das Unbehagen anzapften, das viele Menschen spürten, die außerhalb der urbanen Kerne lebten; Ängste, dass die wirtschaftliche Sicherheit schwindet, dass ihr sozialer Status und ihre Privilegien erodieren, dass ihre kulturellen Identitäten von Außenseiter:innen bedroht werden, von jemandem, der nicht so aussieht wie sie, nicht so klingt wie sie und nicht so betet wie sie.“ (Obama 2018)

Obamas Worte unterstrichen eine verblüffende Entwicklung: die Rechte nutzte die linke Kritik für ihre Zwecke. Die Kritik der Linken an Neoliberalismus und Globalisierung nahm Mitte der 1980er Jahre im Kontext von zwei Kämpfen Fahrt auf. Im Süden entfaltete sie sich als Teil der Opposition gegen die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auferlegte „Strukturanpassung“ in den Entwicklungsländern, deren Hauptziele eine beschleunigte Liberalisierung des Handels, Deregulierung und Privatisierung

waren, mit der Begründung, dass die aggressive Freisetzung der Marktkräfte die Volkswirtschaften effizienter machen würde. Im Norden wurde sie durch zwei Entwicklungen ausgelöst. Die eine war das Bestreben transnationaler Konzerne, ihre Standorte nach Mexiko und Ostasien zu verlagern, um die Vorteile billiger Arbeitskräfte zu nutzen, ein Trend, der sich mit der Integration Chinas in die globale kapitalistische Wirtschaft in den 1980er Jahren noch beschleunigte. Es war auch eine Reaktion auf die entschlossenen Bemühungen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die organisierte Arbeiter:innenschaft drastisch zu entmachten und die US-amerikanische und britische Wirtschaft in den frühen 1980er Jahren zu deregulieren und zu entstaatlichen.

Die Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) im Jahr 1994 und der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 förderte die Ausbreitung dessen, was als Anti-oder Alter-Globalisierungs-Bewegung bekannt wurde, die dazu beitrug, die dritte Ministerkonferenz der WTO im Dezember 1999 in Seattle zum Scheitern zu bringen. Seattle war eine ausschließlich linke Angelegenheit, ebenso wie die Proteste gegen die G8, die in einer massiven Kundgebung mit 200.000 Teilnehmer:innen in Genua im Juli 2001 gipfelte. Während die Ereignisse des 11. September den Schwung der Antiglobalisierungsbewegung dämpften, bot das Weltsozialforum, das von der 2002 an die Macht gekommenen Arbeiterpartei Brasiliens unterstützt wurde, einen Nord-Süd-Weg für die Ausarbeitung von Antiglobalisierungsstrategien. Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 tauchte die Antiglobalisierungsbewegung im Norden unter dem Namen „Occupy-Bewegung“ wieder auf, deren wichtigste politische Ergebnisse die Machtübernahme von Syriza in Griechenland und der Aufstieg von *Podemos* als politische Kraft in Spanien waren.

Die Fähigkeit der Linken, die Antiglobalisierungsagenda zu nutzen, wurde jedoch durch die Tatsache stark beeinträchtigt, dass die Mitte-Links-Politiker:innen in den USA und Europa seit den 1990er Jahren die neoliberale Freihandelsagenda übernommen und aggressiv gefördert hatten. So wurden in den USA unter der Führung der demokratischen Clinton-Regierung NAFTA und die WTO ins Leben gerufen und der *Glass-Steagall-Act* aus der Zeit des New Deal, der Geschäfts- und Investmentbanken trennte, aufgehoben. Später, im Gefolge der Finanzkrise von 2008, gab Obamas demokratische Präsidentschaft der Rettung der Banken den Vorrang, anstatt Millionen bankrotten Hausbesitzer:innen zu helfen. Er förderte dann, was als historische Fehleinschätzung gelten muss, die Transpazifische Partnerschaft (TPP), die für die US-Arbeiterklasse eine Fortsetzung des Exports ihrer Arbeitsplätze nach China bedeutete. Obamas Befürwortung der TPP

und seine schlechte Bilanz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen war wahrscheinlich einer der zentralen Faktoren, die dazu führten, dass eine beträchtliche Anzahl von traditionell demokratischen Wähler:innen aus der Arbeiterklasse im Mittleren Westen Hillary Clinton verschmähten und damit Trump in den Schlüsselstaaten, die den Ausgang der Wahlen 2016 bestimmten, einen Vorteil verschafften (Bello 2016).

In Großbritannien forcierte *New Labor* den „Dritten Weg“, dessen zentrale Elemente die Unterstützung einer tiefgreifenden Finanzliberalisierung waren sowie die staatliche Förderung des Bestrebens, New York als globales Finanzzentrum durch London zu ersetzen. In Deutschland taten die Sozialdemokrat:innen (SPD) unter Gerhard Schröder das, was die Mitte-Rechts-Christdemokrat:innen (CDU) nie hätten erreichen können: Sie trieben neoliberale „Reformen“ voran – die sogenannten Hartz-Reformen, die den Lohn-, Kündigungs- und Sozialversicherungsschutz für Arbeiter:innen lockerten. Die französischen Sozialist:innen ihrerseits wurden zu den enthusiastischsten Befürworter:innen des Euro, dessen Einführung von den Ländern eine straffe, nicht-expansive Finanzpolitik verlangte, die sich gegen Sozialausgaben richtete (Bello 2017).

Nachdem sich die etablierten Arbeiterparteien die neoliberale Agenda zu eigen gemacht hatten, wurden sie zu Verteidiger:innen der Pro-Globalisierungsagenda. Dies führte nicht nur dazu, dass sie ihre Massenbasis nicht ausbauen konnten, sondern auch dazu, dass ein Teil dieser Basis ihre Reihen verließ, wie die Führungskräfte und die Basis, die die SPD Mitte der 2000er Jahre verließen und dabei halfen, Die Linke zu gründen.

Während es der Mainstream-Linken nicht gelang, aus den Übeln der Globalisierung und des Neoliberalismus Kapital zu schlagen, löste sich die extreme Rechte von der Freihandels- und neoliberalen Agenda, die sie früher zusammen mit der rechten Mitte unterstützt hatte. In den USA brach Donald Trump mit der Republikanischen Partei und dem Großkapital, indem er sich gegen die Transpazifische Partnerschaft stellte, die diese fast einstimmig befürwortet hatten. In dem Bestreben, in der Arbeiterklasse Fuß zu fassen, gaben die rechten Parteien in Europa allmählich die steuer- und regierungsfeindlichen sowie marktwirtschaftlichen Anliegen ihrer ursprünglichen kleinbürgerlichen Basis auf und machten sich opportunistisch eine anti-neoliberale und anti-globalisierende Agenda sowie den Wohlfahrtsstaat zu eigen.

Die Strategie ist aufgegangen. In Frankreich entlockte der „neue Look“, den Marine Le Pen dem Front National verpasst hat, einem französischen sozialistischen Senator diese Bemerkung:

„Linke Wähler überschreiten die rote Linie, weil sie denken, dass die Rettung aus ihrer Misere von Madame Le Pen verkörpert wird [...] Sie sagen ‚Nein‘ zu einer Welt, die hart, globalisiert und unerbittlich erscheint. Das sind Leute aus der Arbeiterklasse, Rentner:innen, Büroangestellte, die sagen: ‚Wir wollen diesen Kapitalismus und den Wettbewerb nicht in einer Welt, in der Europa seine Führungsrolle verliert.‘“ (Bremner 2014)

Die Arbeiterbasis der Linken zu stehlen, indem man sich gegen Neoliberalismus und Freihandel stellt und den Sozialstaat verteidigt, war die Eintrittskarte der extremen Rechten zur Macht oder zum Vorzimmer der Macht in ganz Europa. Aber es gab zwei Zutaten, die die Rechte hinzufügte, die ihre Antiglobalisierungsagenda von der Linken abgrenzte: Rassismus und ein reaktionärer Nationalismus, der sich gegen Migrant:innen richtete.

In Dänemark brach die Volkspartei mit dem Anti-Steuer-Schwerpunkt ihrer Mutterpartei und wurde stattdessen zu einer Verteidigerin des großzügigen öffentlichen Sektors des Landes, vorausgesetzt, dass dessen Vorteile auf Dän:innen beschränkt bleiben. Norwegens Fortschrittspartei folgte diesem Beispiel. Österreich lieferte laut John Judis (2016) eines der besten Beispiele für die Wahlerfolge des „Linksrucks“ der Rechten:

„In Österreich nutzte die Freiheitliche Partei, die in ihrer Wirtschaftspolitik bis dato standhaft libertär gewesen war, Anfang der 1990er Jahre die Akzeptanz der dominierenden Parteien gegenüber dem Neoliberalismus. Um sich auf den EU-Beitritt vorzubereiten, hatten sich die Sozialdemokratische Partei und die Österreichische Volkspartei in einer „großen Koalition“ für eine massive Privatisierung der österreichischen Industrie eingesetzt, was zum Verlust von etwa 100.000 Arbeitsplätzen führte. Als Reaktion auf den öffentlichen Aufschrei über diesen Schritt wurde die Freiheitliche Partei zur Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates und zur Kritikerin der EU-Wirtschaft und der Globalisierung. Die Strategie ging auf. Bei den Wahlen 1986 waren 10 Prozent der Wähler der Partei Arbeiter:innen, 1999 waren es bereits 47 Prozent. Rechtspopulistische Parteien erzielten in ganz Westeuropa ähnliche Ergebnisse.“ (ebd.: 103f)

Andere rechte Gruppen in Europa ließen auch nicht auf sich warten, sich geschickt Elemente des Programms der traditionellen Linken herauszupicken und sie in einen Rahmen der sozialen Gerechtigkeit, des Teilens und der Gemeinschaftlichkeit einzufügen, der jedoch auf Abstammung und Rassifizierungen basiert – kurz gesagt, eine ausgrenzende nationalistische politische Wohlfahrtsökonomie. Im schuldengeplagten Griechenland zum Beispiel weist der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis (2017) darauf hin, dass die Leute, die er die „ultra-rechten Schläger“ der Partei Goldene Morgenröte nennt, „nur allzu gerne als Beschützer der Schwachen

auftreten – solange letztere das richtige Blut, die richtige Hautfarbe und die richtigen Vorurteile haben“ (ebd.: 212).

Wohlfahrt, aber nur für „unsere Art“ ist ein Thema, das auch bei der Rechten in den Vereinigten Staaten Resonanz findet. In einem Artikel mit dem Titel „Why Trump Must Champion Universal Healthcare“ argumentiert Richard Spencer, einer der offensten und umstrittensten weißen Nationalisten der USA, dass „eine universelle Gesundheitsversorgung weniger verwirrend und unsinnig (und wahrscheinlich billiger) ist als das, womit sich Weiße jetzt herumschlagen müssen“, aber dass „wir akzeptieren müssen, dass die Gesundheitsversorgung ein Thema ist, das wir nicht vernünftig angehen können, solange wir keine europäische Nation haben“ (zit. n. Lowrey 2018: 147f).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Unterordnung des Handels unter das soziale Wohl, die Ausweitung des sozialen Schutzes und die Wiedereinbettung des Marktes in die Gesellschaft fortschrittliche Themen sind, die im Deglobalisierungsdiskurs der Rechten auftauchen, aber sie wurden innerhalb eines rassistischen und nationalistischen Rahmens artikuliert, innerhalb einer ausgrenzenden politischen Ökonomie, die eine große Anzahl von Menschen auf Grundlage von *Rassifizierung*, *Staatszugehörigkeit* und *Kulturalisierung* marginalisiert. Die Herausforderung besteht darin, die Deglobalisierung wieder nach links zu bringen, ihre ursprüngliche Anziehungskraft als emanzipatorisches Paradigma für alle und nicht nur für einige wiederzugewinnen.

Diese Aufgabe zu übernehmen bedeutet, nicht nur die strategischen Vorgaben der Deglobalisierung zu überdenken, sondern auch ihre grundlegenden Konzepte, wie sie ursprünglich von Focus on the Global South formuliert wurden. Dieser Aufgabe widmen wir uns nun.

Die grundlegenden Konzepte der Deglobalisierung überdenken

Deglobalisierung ist in ihrem Kern eine ethische Perspektive. Sie gibt Werten den Vorrang vor Interessen, Kooperation vor Wettbewerb und Gemeinschaftlichkeit vor Effizienz. Sie sagt nicht, dass Interessen, Wettbewerb und Effizienz schlecht sind, sondern dass ihre Verfolgung den Werten, der Kooperation und der Gemeinschaftlichkeit untergeordnet werden muss.

Übersetzt in die Ökonomie ist es das Ziel des Deglobalisierungsparadigmas, über die Ökonomie der reinen Effizienz hinauszugehen, in der das Schlüsselkriterium die Senkung der Stückkosten ist, ohne Rücksicht auf die soziale und ökologische Destabilisierung, die dieser Prozess mit

sich bringt. Es geht darum, über ein System des ökonomischen Kalküls hinauszukommen, das, in den Worten von John Maynard Keynes (1933), „die gesamte Lebensführung [...] in ein Paradoxon eines buchhalterischen Alptraums verwandelt hat“ (ebd.). Deglobalisierung zielt darauf ab, eine effektive Ökonomie zu fördern, die die soziale Solidarität stärkt, indem sie die Operationen des Marktes den Werten von Gleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaftlichkeit unterordnet und den Bereich der demokratischen Entscheidungsfindung im wirtschaftlichen Bereich erweitert. Um es mit den Worten des großen ungarischen Denkers Karl Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* (1957) zu sagen: Bei der Deglobalisierung geht es darum, die Wirtschaft und den Markt wieder in die Gesellschaft einzubetten, anstatt die Gesellschaft von der Wirtschaft und dem Markt bestimmen zu lassen.

Das Deglobalisierungsparadigma behauptet auch, dass ein „Einheitsmodell“ wie der Neoliberalismus oder der zentralisierte bürokratische Sozialismus dysfunktional und destabilisierend ist. Stattdessen sollte Vielfalt erwartet und gefördert werden, wie sie in der Natur vorkommt. Wie Pablo Solón (2017) betont hat, zielt Deglobalisierung „nicht darauf ab, die homogenisierende Vision der Globalisierung durch ein anderes Modell zu ersetzen, das universell auf alle Länder und Gemeinschaften angewendet werden kann“ (ebd.: 181). Gemeinsame Prinzipien einer alternativen Ökonomie gibt es durchaus, und sie haben sich im Kampf gegen und in der kritischen Reflexion über das Scheitern des zentralisierten Sozialismus und Kapitalismus bereits wesentlich herausgebildet. Wie diese Prinzipien – von denen die wichtigsten oben skizziert wurden – konkret artikuliert werden, wird jedoch von den Werten, Rhythmen und strategischen Entscheidungen jeder Gemeinschaft abhängen.

Was in dieser Hinsicht vielleicht in der ursprünglichen Formulierung fehlte, war eine Ausarbeitung der Idee der Gemeinschaft, denn es war diese Zweideutigkeit, die es der Rechten ermöglichte, einzugreifen und das Paradigma zu kapern. Für die Rechten wird Gemeinschaft durch „Rasse“ und Ethnizität bestimmt. Sie ist eher eng als weitreichend in Bezug darauf, wer zu ihr gehört.

Für uns ist Gemeinschaft in erster Linie eine Frage geteilter Werte, die über Unterschiede in Abstammung, Klasse und Kultur hinausgehen. Diese Art der Gemeinschaft tendiert dazu, sich ständig auszudehnen und Menschen einzubeziehen, die dieselben Werte teilen, auch wenn dieses Teilen natürlich unvollkommen, begrenzt und offen für unterschiedliche Interpretationen sein kann. Das bedeutet nicht, dass es keine Regeln für den Erwerb der Staatsbürgerschaft oder Einwanderung gibt. Es bedeutet aber, dass diese

Regeln und Vorschriften von einer grundsätzlichen Offenheit gegenüber der Aufnahme von Menschen, die sich einer Gemeinschaft anschließen wollen, geleitet sind. Es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen einem auf Ausgrenzung und einem auf Inklusion ausgerichteten Zuwanderungsansatz. In beiden gibt es Regeln, die Ordnung schaffen, aber die Formulierung dieser Regeln ist von einer grundsätzlichen Orientierung geleitet.

Neubewertung des Deglobalisierungsparadigmas

Über diese Gegensätze zwischen unserem Paradigma der Deglobalisierung und dem der Rechten hinausgehend, betrachten wir nun das konkrete Programm für die Deglobalisierung, wie es ursprünglich formuliert wurde, um zu sehen, wie relevant es für die aktuellen Bedingungen ist. Es werden vierzehn wesentliche Punkte vorgeschlagen:

1. Die Produktion für den heimischen Markt muss wieder zum Schwerpunkt der Wirtschaft werden und nicht die Produktion für die Exportmärkte.
2. Das Prinzip der Subsidiarität sollte im Wirtschaftsleben verankert werden, indem die Produktion von Gütern auf kommunaler und nationaler Ebene gefördert wird, wenn dies zu vernünftigen Kosten möglich ist, um Gemeinden zu erhalten.
3. Die Handelspolitik – d.h. Quoten und Zölle – sollte eingesetzt werden, um die lokale Wirtschaft vor der Zerstörung durch konzernsubventionierte Waren mit künstlich niedrigen Preisen zu schützen.
4. Industriepolitik – einschließlich Subventionen, Zölle und Handel – sollte zur Wiederbelebung und Stärkung des Produktionssektors eingesetzt werden.
5. Lange aufgeschobene Maßnahmen zur gerechten Einkommensumverteilung und Landumverteilung (einschließlich einer städtischen Landreform) können einen lebendigen Binnenmarkt schaffen, der als Anker der Wirtschaft dient und lokale Finanzmittel für Investitionen erzeugen würde.
6. Die Vernachlässigung des Wachstums, die Betonung der Verbesserung der Lebensqualität und die Maximierung der Gerechtigkeit werden das ökologische Ungleichgewicht reduzieren.
7. Die Entwicklung und Verbreitung von umweltfreundlicher Technologie in der Landwirtschaft und Industrie sollte gefördert werden.
8. Die Energie- und Transportsysteme müssen in dezentralisierte Systeme umgewandelt werden, die auf erneuerbaren Ressourcen basieren.
9. Es muss ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Bevölkerung eines Landes und dessen Tragfähigkeit erhalten werden.

10. Eine Gender-Perspektive muss in allen Bereichen der Entscheidungsfindung angewandt werden, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten.
11. Strategische wirtschaftliche Entscheidungen können nicht dem Markt oder Technokraten überlassen werden. Stattdessen sollte der Bereich der demokratischen Entscheidungsfindung in der Wirtschaft erweitert werden, so dass alle wichtigen Fragen – wie z.B. welche Industrien entwickelt oder abgeschafft werden sollen, welcher Anteil des Staatshaushalts für die Landwirtschaft verwendet werden soll usw. – Gegenstand demokratischer Diskussionen und Entscheidungen werden.
12. Die Zivilgesellschaft muss den privaten Sektor und den Staat ständig überwachen und kontrollieren, ein Prozess, der institutionalisiert werden sollte.
13. Der Eigentumskomplex sollte in eine „gemischte Wirtschaft“ umgewandelt werden, die kommunale Kooperativen, private Unternehmen und staatliche Unternehmen einschließt und transnationale Konzerne ausschließt.
14. Zentralisierte globale Institutionen wie der IWF und die Weltbank sollten durch regionale Institutionen ersetzt werden, die nicht auf Freihandel und Kapitalmobilität, sondern auf Prinzipien der Kooperation aufbauen.

Während die grundlegenden Konzepte der Deglobalisierung allgemein begrüßt wurden, zog das strategische Programm eine Reihe von Kommentaren und Kritikpunkten nach sich. Die wichtigsten davon waren die folgenden:

- Die Deglobalisierung schlage eine Abkopplung der lokalen Wirtschaft von der internationalen Wirtschaft vor.
- Es werde immer noch innerhalb eines entwicklungspolitischen Rahmens artikuliert, während das, was jetzt gebraucht wird, eine „Alternative zur Entwicklung“ ist.
- Sie würdige nicht die Dringlichkeit des Klimawandels.
- Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität würden nicht ausreichend betont.

All diese Kritikpunkte sind in unterschiedlichem Maße berechtigt und ein Problem, auf das sie hinweisen, ist, dass wir den größten Teil unserer Bemühungen darauf verwendet haben, die grundlegenden Konzepte der Deglobalisierung zu erläutern und das eigentliche Wirtschaftsprogramm eher kurzgehalten haben, wie die Punkte eines ärztlichen Rezepts. Zu einigen der wichtigsten Punkte hätte man eine ausführlichere Erklärung geben können, die auch auf einige der Fragen oder Probleme bei der Umsetzung in der Realität hätte eingehen können. Aber vielleicht ist der wichtigere

Grund für die geringe inhaltliche Ausgestaltung einiger dieser Vorschläge, dass wir selbst noch mit ihren Implikationen zu kämpfen hatten, als wir das Deglobalisierungsprogramm aufstellten.

Um die verschiedenen Dimensionen der Deglobalisierungsperspektiven zu verdeutlichen, könnte es sinnvoll sein, ihr Verhältnis zu drei derzeit einflussreichen Denkschulen zu diskutieren: *delinking*, Alternativen zur Entwicklung, *degrowth* und Ernährungssouveränität.

Schlägt die Deglobalisierung eine Entkopplung vor?

In ihren anfänglichen Vorstößen zum internationalen Handel schien Marine Le Pen „einen Austritt Frankreichs aus dem Euro und die Errichtung von Barrieren an Frankreichs Grenzen“ zu befürworten (Haski 2011). Le Pen wurde jedoch vom Brexit überholt, dessen Parteigänger Großbritannien an den Rand der „Abkopplung“ von der Europäischen Union gebracht haben, seinem größten Handelspartner, an den es 44 % seiner Exporte liefert und von dem es 53 % seiner Importe bezieht. Sowohl die Position von Le Pen als auch der Brexit sind Karikaturen der Deglobalisierung.

Im Gegensatz zu den Behauptungen einiger Kritiker:innen ging es bei der Deglobalisierung in unserer Formulierung nie darum, sich von der internationalen Wirtschaft abzukoppeln. Es ging immer darum, ein gesundes Gleichgewicht zwischen der nationalen und der internationalen Wirtschaft zu erreichen, ein Gleichgewicht, das größtenteils von einem Staat geleitet wurde, der pragmatisch Zölle, Quoten und andere Mechanismen einsetzte, um das Überleben und das Florieren der lokalen Industrien zu sichern, die mit der hoch subventionierten Landwirtschaft des Nordens und den Industriegiganten mit dickem Portemonnaie konkurrieren. Bei der Deglobalisierung geht es auch nicht darum, den Handel zu nutzen, um die wirtschaftliche Macht eines Teils der Gesellschaft zu stärken und seine politische und kulturelle Hegemonie zu unterstützen, wie es in der nationalistischen Vision von Trump und Le Pen der Fall ist. Es geht darum, die Regeln des Handels zu modifizieren, um das Wohlergehen *aller* Sektoren der Gemeinschaft vor den räuberischen Handlungen der Konzerne zu schützen, die mit dem Appell an den Freihandel gerechtfertigt werden, und sie wurde nie als nationalistische Waffe in globalen wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkämpfen vorgeschlagen.

Entwicklungsalternative oder Alternative zur Entwicklung?

In den letzten Jahren ist der Begriff „Entwicklung“ zu einem umstrittenen Wort geworden, mit der Konnotation, dass die nicht-westlichen Länder nur

einen Weg zu gehen hätten, nämlich den Entwicklungsstadien und -pfaden des Westens zu folgen. Sogar „nachhaltige“ Entwicklung ist unter Beschuss geraten, wobei einige Kritiker:innen darin:

„einen Versuch der Befürworter:innen neoliberaler oder staatlich dominierter Systeme sehen, die offensichtlichen negativen Auswirkungen ökologischer und sozialer Krisen zumindest kurzfristig zu überleben und gleichzeitig angesichts der zunehmenden Forderungen aus der Öffentlichkeit nach mehr Verantwortung und Rechenschaftspflicht ihre Legitimität zu bewahren“ (Kothari u.a. 2014: 371).

Sicherlich stellen sich nur wenige derjenigen, die eine Deglobalisierung vorschlagen, die Entwicklung so vor, dass sie dem Weg des Westens oder sogar der Schwellenländer folgt. Soweit wir von Entwicklung gesprochen haben, meinten wir damit den Aufbau der Fähigkeit einer Gesellschaft, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dass die Industrie irgendwann die Landwirtschaft als größten Wirtschaftssektor in Bezug auf das BIP verdrängen muss und dass der Dienstleistungssektor irgendwann der größte Arbeitgeber sein wird, ist keine Ansicht, die wir vertreten. Vielmehr wäre eine lebendige Landwirtschaft, die ihre Arbeitskräfte nicht nur behält, sondern ausbaut und gleichzeitig die Einkommen erhöht, als positiv zu bewerten. Die Deglobalisierung ist jedoch nicht gegen Industrie. Industrie und verarbeitendes Gewerbe werden aber nicht deshalb als wichtig angesehen, weil sie „mehr Wert“ zum BIP beitragen als die Landwirtschaft, sondern weil sie eine Wirtschaft durch eine diversifizierte Produktionsbasis unabhängiger machen. Dass die Industriestruktur eines Landes umweltverträglich oder nachhaltig sein muss, versteht sich von selbst. Das bedeutet, dass extraktive Industrien und ökologisch und sozial störende industrielle Prozesse, die entweder Landraub auslösen, verschwenderisch im Hinblick auf ihren Materialeinsatz sind oder ihren industriellen Abfall, ihre Verschmutzung oder ihren Kohlenstoffausstoß nicht minimieren können, verboten oder eingestellt werden müssten.

Dies wirft die Frage des Wachstums auf, die im nächsten Abschnitt ausführlicher diskutiert wird. Aber im Zusammenhang mit der Idee von Entwicklung als Aufbau von Kapazitäten muss die landwirtschaftliche und industrielle Produktion wachsen, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Allerdings würden die Wachstumsraten weit unter den 6-10 % pro Jahr liegen, die eher für die Schwellenländer oder aufstrebende Volkswirtschaften wie in China, Südkorea und Südostasien charakteristisch sind, und zwar aufgrund von drei Faktoren. Erstens würde im Paradigma der Deglobalisierung die Produktion von einer radikalen Umverteilungspolitik

begleitet, was bei diesen Ländern nicht der Fall war. Zweitens würde der Druck, die Wirtschaft wachsen zu lassen, durch geringere Bevölkerungswachstumsraten aufgrund einer Politik der reproduktiven Gesundheit, die Frauen mehr Kontrolle über ihren Körper gibt, reduziert. Drittens würde eine bewusste Anstrengung der Zivilgesellschaft unternommen, einem Konsum nach dem nicht-nachhaltigen westlichen Modell entgegenzuwirken, die Messung sozialen Wertes vom materiellen Konsum abzukoppeln und mit dem Wachstum nicht-materieller Quellen psychologischer Zufriedenheit zu verknüpfen.

Wenn nachhaltige Entwicklung als eine radikale Reform gesehen wird, um die Fähigkeit einer Gemeinschaft aufzubauen, zu überleben und zu gedeihen und gleichzeitig die Umwelt zu verbessern, dann würde sie wahrscheinlich auf wenig Einspruch stoßen.

Dass Jeffrey Sachs von der Columbia University das öffentliche Gesicht der nachhaltigen Entwicklung ist, der sich zuerst einen Namen machte, indem er die Schocktherapie als den Weg zur wirtschaftlichen Gesundheit für die postsozialistischen Gesellschaften Osteuropas propagierte, ist vielleicht einer der Gründe, warum der Begriff heute so viel Misstrauen hervorruft. Was als „Sachs Conundrum“ bezeichnet wurde, scheint seine gespaltene öffentliche Persona zwischen Mr. Nachhaltige Entwicklung und Mr. Schocktherapie zu sein. Wie Japhy Wilson (2014) schreibt, sind Zweifel an Sachs' neuem Engagement angebracht:

„[o]bwohl er heute in vielen Kreisen für seine Förderung der internationalen Hilfe und der Armutsbekämpfung gefeiert wird, ist Sachs bei den Arbeiterklassen mehrerer Länder für seine gnadenlose Durchsetzung der Schocktherapie immer noch verhasst und vielen Aktivist:innen für soziale Gerechtigkeit auf der ganzen Welt als ‚Dr. Schock‘ bekannt – die bösartige Verkörperung der schlimmsten Auswüchse der Revolution des freien Marktes“ (ebd.: 3).

Gegenwärtig ist Sachs als Hauptinspiration der berühmten *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen und deren Nachfolger, den *Sustainable Development Goals*, bekannt.

Aber das Problem geht über die öffentliche Wahrnehmung von Sachs hinaus. Wie Ashish Kothari und seine Kollegen (2014) aufzeigen, entpolitisiert der orthodoxe Diskurs über nachhaltige Entwicklung in den Händen seiner Befürworter:innen den Prozess transformativen Wandels. So wird die Tatsache verschleiert, dass ungleiche soziale Strukturen verändert werden müssen, um ein besseres Leben für die Milliarden von Menschen auf der Welt zu erreichen, die derzeit marginalisiert sind und dass es in diesem Prozess zwangsläufig Verlierer geben muss, was wiederum unweigerlich

viele Konflikte mit sich bringen wird. Wie Sachs formulierte, können die vier Säulen der nachhaltigen Entwicklung – wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Inklusion, ökologische Nachhaltigkeit und gute Regierungsführung – nur dann erreicht werden, wenn die Eliten der Welt erkennen, dass es in ihrem Interesse liegt, die Armen der Welt aus ihrem derzeitigen Zustand herauszuheben. Und wenn sie sehen würden, dass sie dies nichts oder nur wenig kostet, würden sie umso eher bereit sein, nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. In Sachs' Buch *The Age of Sustainable Development* (2015) wird die wirtschaftliche Ausbeutung, der Kapitalismus und sein Antrieb, Armut und Ungleichheit zu schaffen, nicht erwähnt. Soweit Konzerne zu Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung beitragen, liege das an einer fehlgeleiteten Politik, die behebbar sei, weil es eigentlich keinen Grund gibt, dass tiefe soziale Konflikte fortbeständen. Veränderung wird bei ihm durch die Kraft der Ideen und die Ermahnung zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele plus Auslandshilfe herbeigeführt (ebd.). Dies ist ein zutiefst unpolitischer Ansatz, der für die Herbeiführung eines transformativen Wandels denkbar ungeeignet ist.

Kurz gesagt, obwohl sie die Sprache der Entwicklung verwendet, ist die Deglobalisierung im Grunde eine Alternative zur Entwicklung im orthodoxen Sinne, was in den folgenden Abschnitten noch deutlicher werden wird.

Deglobalisierung, Entkopplung und *degrowth*

In den letzten Jahren war die umstrittenste Debatte in der ökologischen Ökonomie die zwischen Entkopplung und *degrowth*. Diese Debatte ist zentral für die inhaltliche Bestimmung der Deglobalisierung.

Entkopplung bedeutet, den Anstieg des BIP vom Anstieg der Kohlenstoffemissionen zu trennen. Relative Entkopplung bezieht sich auf eine BIP-Wachstumsrate, die schneller steigt als die Kohlenstoffemissionsrate. Absolute Entkopplung bedeutet, dass die BIP-Wachstumsrate weiter ansteigt, während die Kohlenstoffemissionsrate entweder abflacht oder abnimmt. Absolute Entkopplung ist das, was für Klimaaktivist:innen wichtig ist. Zwei Dinge machen dies möglich. Das eine ist die „Dematerialisierung“ von Gütern, d.h. die Menge an Materialien, die in ein Produkt einfließen, wird durch die Fortschritte in der Informationstechnologie stark reduziert. Oft wird in diesem Zusammenhang ein „Gesetz“ des Intel-Gründers Gordon Moore zitiert, wonach sich die Anzahl der Transistoren, die auf einen Computerchip geladen werden können, alle zwei Jahre verdoppelt. Das bedeutet, dass die reine digitale Leistung exponentiell zunimmt, während gleichzeitig die für die Herstellung von Informationsgeräten benötigten Materialien

sinken, was zu einem raschen Preisverfall dieser Produkte führt. Das zweite Phänomen ist die effizientere Nutzung von Energie in der gesamten Wirtschaft. Das erste Phänomen führte zu einer geringeren Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen. Das zweite führte zu geringeren Kohlenstoffemissionen im Produktionsprozess und beim Verbrauch. Der größte Teil der Debatte drehte sich um die Rolle der Energieeffizienz bei der Senkung der Treibhausgasemissionen. Das ist eine Position, die nicht nur mit liberalen Befürworter:innen wie Amory Lovins in Verbindung gebracht wird, sondern auch mit Progressiven wie Robert Pollin (2018). Dieser argumentiert, dass eine „absolute Entkopplung“ des BIP-Wachstums von den Kohlenstoffemissionen möglich ist und zitiert dabei Daten, die zeigen, dass in 21 Ländern, darunter die USA, Kanada, Großbritannien, Spanien und Schweden, das BIP gewachsen ist, während die Kohlenstoffemissionen reduziert wurden (ebd.: 9). Daher ist

„das erste kritische Projekt für ein globales Programm für grünes Wachstum die drastische Erhöhung der Energieeffizienz – das heißt, weniger Energie zu verbrauchen, um das gleiche oder ein höheres Niveau an Energiedienstleistungen durch die Einführung verbesserter Technologien und Praktiken zu erreichen [...]. Eine Ausweitung der Investitionen in die Energieeffizienz unterstützt einen steigenden Lebensstandard, da sie per Definition Geld für die Energieverbraucher:innen spart.“ (ebd.)

Das Problem mit dem Entkopplungsargument ist ein zweifaches. Erstens gibt es, wie von Tim Jackson (2009), einem der angesehensten Befürworter von *degrowth*, hervorgehoben und von Pollin eingeräumt, keine Beweise für eine absolute Entkopplung von Wachstum und Kohlenstoffemissionen – weder auf globaler Ebene noch zwischen den Ländergruppen mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen zwischen 1965 und 2015, obwohl dies in einigen Ländern geschehen sein mag. Auch für eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch gibt es keine Belege. Tatsächlich sind

„die globalen Ressourcenintensitäten (das Verhältnis von Ressourcenverbrauch zum BIP) bei weitem nicht zurückgegangen, sondern haben bei einer Reihe von Nicht-Brennstoffmineralien deutlich zugenommen. Die Ressourceneffizienz geht in die falsche Richtung. Selbst eine relative Entkopplung findet nicht statt.“ (ebd.: 51)

Zweitens scheint es sich um den Rebound-Effekt oder „Jevons-Effekt“ zu handeln, nach dem britischen Ökonomen William Jevons, der die Beobachtung formulierte, dass durch die Steigerung der Produktivität von Kohle, d.h. durch die effizientere Nutzung von Kohle bei der Eisenproduktion, der

Eisenpreis sinken würde, was zu einer höheren Nachfrage nach Eisen und folglich zu einem Anstieg der Kohlenutzung führen würde. Effizienzgewinne in einem Bereich führen zu Einsparungen, die den Energieverbrauch in anderen Bereichen ankurbeln, wodurch der Verbrauch fossiler Brennstoffe insgesamt steigt und die Kohlenstoffemissionen zunehmen. Daher sagt Jackson, dass „vereinfachende Annahmen, dass die Neigung des Kapitalismus zur Effizienz uns erlauben wird, das Klima zu stabilisieren und uns vor Ressourcenknappheit zu schützen, nichts weniger als wahnhaft sind“ (ebd.: 8). Das Problem ist, dass dies nicht nur wahnhaft, sondern auch politisch gefährlich sein kann. Jorgen Norgaard schreibt: „Unglücklicherweise hat der Begriff der Entkopplung als Friedensstifter zwischen Umweltschützer:innen und wachstumsorientierten Politiker:innen gedient, indem er das Wirtschaftswachstum bequem von jeglicher Verantwortung für Umweltprobleme befreit hat.“ (zit. n. Owen 2012: 26)

Ist der Entkopplungsmythos erst einmal vom Tisch, führt kein Weg mehr an der Tatsache vorbei, dass dem Wachstumsdrang entschieden entgegengetreten werden muss. Da die Anforderungen der Armutsbekämpfung und der globalen Gerechtigkeit und Gleichheit verlangen, dass die Länder des Südens ein gewisses Wachstum erfahren müssen, ist es klar, dass die Anpassung in Form einer radikalen Einschränkung von Wachstum und Konsum größtenteils die reichen Länder treffen muss. Dabei dürfen natürlich die ärmeren Länder sowohl bei der Wachstumsrate als auch beim Konsum nicht dem Weg des Westens folgen, sondern sollten den Schwerpunkt auf gleichheitsfördernde Wirtschaftsstrategien legen.

Der Wandel im Westen darf nicht einfach als eine Reduktion des materiellen Konsums gesehen werden, sondern ist psychologischer Natur und begreift weniger materiellen Konsum als Voraussetzung für eine bessere Lebensweise. Vielleicht kann man es nicht besser ausdrücken als so, wie Kothari und seine Kollegen den Wandel formulieren:

„Die Betonung sollte nicht nur auf ‚weniger‘, sondern auch auf ‚anders‘ liegen. *Degrowth* bedeutet eine Gesellschaft mit einem anderen Metabolismus (dem Energie- und Materialdurchsatz der Wirtschaft), aber noch wichtiger, eine Gesellschaft mit einem Metabolismus, der eine andere Struktur hat und neuen Funktionen dient. In einer *degrowth*-Gesellschaft wird alles anders sein als im gegenwärtigen Mainstream: Aktivitäten, Formen und Verwendung von Energie, Beziehungen, Geschlechterrollen, Zeitaufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und Beziehungen zur nicht-menschlichen Welt.“ (Kothari u.a. 2014: 369)

Während Bioökonomie und ökologische Makroökonomie integriert werden, ist *degrowth* ein nicht-ökonomisches Konzept:

„Auf der einen Seite impliziert *degrowth* sicherlich die Reduktion des Energie- und Materialdurchsatzes, der notwendig ist, um den bestehenden biophysikalischen Beschränkungen (in Bezug auf die natürlichen Ressourcen und die Assimilationsfähigkeit der Ökosysteme) zu begegnen. Auf der anderen Seite ist *degrowth* ein Versuch, die Allgegenwart der marktbasieren Beziehungen in der Gesellschaft (d.h. die Kommodifizierung) und die wachstumsbasierten Wurzeln gesellschaftlicher Zielvorstellungen in Frage zu stellen und sie durch die Idee einer genügsamen Fülle zu ersetzen. Es ist auch ein Ruf nach tieferer Demokratie, angewandt auf Themen, die außerhalb des demokratischen Mainstreams liegen, wie Technologie. Schließlich impliziert *degrowth* eine Umverteilung des Reichtums innerhalb und zwischen dem Globalen Norden und Süden sowie zwischen heutigen und zukünftigen Generationen.“ (ebd.)

Eine ähnliche Vision wird von Jackson angeboten. Er plädiert für die Ersetzung einer Wirtschaft, die eine „begrenzte Entfaltungsmöglichkeit durch materiellen Erfolg“ erlaubt, durch „eine Wirtschaft, deren Aufgabe es ist, Fähigkeiten zur Entfaltung innerhalb ökologischer Grenzen bereitzustellen“ (Jackson 2009: 93). Um dieser Vision mehr Substanz zu verleihen, schreibt er:

„Die Belohnungen aus diesen Veränderungen werden wahrscheinlich signifikant sein. Eine weniger materialistische Gesellschaft wird eine glücklichere sein. Eine gleichberechtigtere Gesellschaft wird eine weniger ängstliche sein. Eine größere Aufmerksamkeit für die Gemeinschaft und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird die Einsamkeit und Anomie reduzieren, die das Wohlbefinden in der modernen Wirtschaft untergraben hat. Verbesserte Investitionen in öffentliche Güter werden den Wohlstand der Nation nachhaltig steigern.“ (ebd.)

Was das Verhältnis zwischen Befürworter:innen einer Entkopplung und *degrowth* angeht, so ist es klar, dass die Befürworter:innen der Deglobalisierung auf der Seite der Letzteren stehen würden. Solange davon ausgegangen wird, dass die Hauptanpassung im Sinne des *degrowing* beim Norden liegt, ist das *degrowth*-Paradigma nicht nur mit der Deglobalisierung vereinbar, sondern muss in diese einbezogen werden.

Deglobalisierung und Ernährungssouveränität

Als die Deglobalisierung ursprünglich formuliert wurde, hatte sie als Hauptanliegen den Schutz kleiner landwirtschaftlicher Produzent:innen vor dem Bankrott durch Billigimporte großer Agrarkonzerne, die durch die Welthandelsorganisation (WTO) ermöglicht werden und zum Verlust der Ernährungssicherheit eines Landes führen. Wir merkten bald, dass dies eine eher begrenzte Formulierung der größeren Sorgen war, die wir hatten.

Glücklicherweise formulierte die internationale Bauernorganisation *Via Campesina* die Ideen, mit denen wir uns auseinandersetzen, viel besser, als wir es jemals konnten, unter dem Begriff Ernährungssouveränität, der heute auch als Agrarökologie bekannt ist.

Wie von ihren Vertreter:innen artikuliert, sind die Kernaussagen der Ernährungssouveränität oder Agrarökologie die folgenden:

- Erstens sollte ein Land die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln anstreben, was bedeutet, dass die Bauern und Bäuerinnen des Landes den größten Teil der konsumierten Nahrungsmittel im eigenen Land produzieren sollten – ein Zustand, der durch das unternehmerische Konzept der Ernährungssicherheit untergraben wird, das besagt, dass ein Land einen großen Teil seines Nahrungsmittelbedarfs auch durch Importe decken kann.
- Zweitens sollten Menschen das Recht haben, die Struktur ihrer Nahrungsmittelproduktion und des Konsums unter Berücksichtigung der „ländlichen und produktiven Vielfalt“ zu bestimmen und nicht zuzulassen, dass diese dem deregulierten internationalen Handel untergeordnet werden (Desmarais 2007: 34).
- Drittens sollten sich Produktion und Konsum von Nahrungsmitteln am Wohlergehen von Bauern, Bäuerinnen und Verbraucher:innen orientieren, nicht an den Gewinnprognosen des transnationalen Agrobusiness.
- Viertens müssen nationale Ernährungssysteme gesunde, qualitativ hochwertige und kulturell angemessene Lebensmittel für den heimischen Markt produzieren und international standardisierte oder „Junk“-Lebensmittel vermeiden.
- Fünftens muss ein neues Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie, Land und Stadt hergestellt werden, um die Unterordnung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums unter die Industrie und die urbanen Eliten rückgängig zu machen, die zu einer verödeten Landschaft und massiven städtischen Slums mit Geflüchteten aus ländlichen Regionen geführt hat.
- Sechstens muss die Landnahme gestoppt und die Landkonzentration in den Händen von Großgrundbesitzern und transnationalen Konzerne rückgängig gemacht werden. Weiter muss die Gerechtigkeit bei der Landverteilung durch eine Landreform gefördert werden. Die Reform sollte auch Bestimmungen für kommunale und kollektive Formen des Eigentums und der Produktion beinhalten, die einen Sinn für ökologische Verantwortung fördern.

- Siebtens sollte die landwirtschaftliche Produktion hauptsächlich von indigenen Gemeinschaften, Kleinbauern, Kleinbäuerinnen und Kooperativen oder staatlichen Unternehmen durchgeführt werden, und transnationale Konzerne müssen aus der Nahrungsmittelproduktion ausgeschlossen werden.
- Achtens sollten die Verteilung und der Konsum von Nahrungsmitteln durch faire Preisbildungssysteme geregelt werden, die die Rechte und das Wohlergehen sowohl der Bäuerinnen und Bauern als auch der Verbraucher:innen berücksichtigen. Das bedeutet unter anderem ein Ende des Dumpings von subventionierten Agrarrohstoffen durch transnationale Firmen, das die Preise künstlich nach unten drückt und damit Existenzen von Kleinbäuer:innen zerstört.
- Neuntens sollte eine industrielle Landwirtschaft, die auf Gentechnik und der ursprünglichen chemieintensiven Grünen Revolution basiert, abgelehnt werden, weil die Monopolkontrolle über Saatgut die Konzernagenda vorantreibt und weil industrielle Landwirtschaft nicht nachhaltig ist.
- Zehntens enthalten traditionelle bäuerliche und indigene Agrartechnologien viel Weisheit und repräsentieren die Evolution eines weitgehend positiven Gleichgewichts zwischen der menschlichen Gemeinschaft und der Biosphäre. Daher muss die Entwicklung von Agrartechnologien zur Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse traditionelle Praktiken als Ausgangspunkt nehmen, anstatt sie als veraltet zu verwerfen.

Alle oben genannten Prinzipien sind nicht einfach nur kompatibel, sondern sehr komplementär zur Deglobalisierung. Die Befürworter:innen von *degrowth* haben die Prinzipien der Klimawissenschaft und des Aktivismus verdeutlicht, *Via Campesina* und ihre Verbündeten artikulierten die Elemente der Ernährungssouveränität – beides muss in das Deglobalisierungsparadigma integriert werden und wird es damit bereichern.

Fazit

Als wir von Focus on the Global South im Jahr 2000 zum ersten Mal das Gegenparadigma der Deglobalisierung zum hegemonialen Paradigma der Globalisierung artikulierten, erkannten wir, dass es unvollständig war, dass seine vielen Dimensionen noch umfassender dargestellt werden müssten. Eine der unbeabsichtigten positiven Folgen des Versuchs der extremen Rechten, das Paradigma zu kapern, ist, dass es uns die Möglichkeit gegeben hat, aufzuzeigen, was Deglobalisierung nicht ist – nämlich nicht die Karikatur, auf die die extreme Rechte sie reduziert hat.

Noch wichtiger ist, dass eine Untersuchung einer Reihe von derzeit einflussreichen Perspektiven, nämlich Alternativen zur Entwicklung, *degrowth* und Ernährungssouveränität, gezeigt hat, dass sie viele ihrer Schlüsselemente teilt. Anstatt in Konkurrenz zu ihnen zu stehen, wird die Deglobalisierung durch sie bereichert. Die gleiche gegenseitige Bereicherung gilt für andere progressive Paradigmen wie die feministische Ökonomie, den emanzipatorischen Marxismus und *buen vivir*; die wir hier nicht aufgreifen konnten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Deglobalisierung auch zwanzig Jahre später noch von großer Relevanz für all diejenigen ist, die eine bessere Welt anstreben.

Übersetzung aus dem Englischen: Dustin Schäfer

Literatur

- Bello, Walden (2016): *How Obama's Legacy Lost the Elections for Hillary Clinton*. <https://www.commondreams.org/views/2016/11/17/how-obamas-legacy-lost-elections-hillary>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Bello, Walden (2017): *Social Democracy's Faustian Bargain with Global Finance Unravels*. <https://www.tni.org/en/publication/europe-social-democracys-faustian-pact-with-global-finance-unravels>, letzter Aufruf: 1.4.2019.
- Bremner, Charles (2014): *At the Gates of Power: How Marine Le Pen is Unnerving the French Establishment*. <https://www.newstatesman.com/politics/2014/12/gates-power-how-marine-le-pen-unnerving-french-establishment>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Desmarais, Annette A. (2007): *La Via Campesina. Globalization and the Power of Peasants*. London u.a.
- Haski, Pierre (2011): *Is France on Course to Bid Adieu to Globalization?* <https://yaleglobal.yale.edu/content/france-course-bid-adieu-globalization>, letzter Aufruf: 1.4.2019.
- Jackson, Tim (2009): *Prosperity Without Growth? The Transition to a Sustainable Economy*. http://www.sd-commission.org.uk/data/files/publications/prosperity_without_growth_report.pdf, letzter Aufruf: 1.4.2019.
- Judis, John B. (2016): *The Populist Explosion. How the Great Recession Transformed American and European Politics*. New York, US-NY.
- Keynes, John M. (1933): „National Self-Sufficiency“. In: *Yale Review*, Bd. 22, Nr. 4, S. 755-769, <https://www.panarchy.org/keynes/national.1933.html>, letzter Aufruf: 6.1.2019.
- Kothari, Ashish; Federico Demaria & Alberto Acosta (2014): „Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj: Alternatives to Sustainable Development and the Green Economy“. In: *Development*, Bd. 57, Nr. 3, S. 362-375 (<https://doi.org/10.1057/dev.2015.24>).
- Lowrey, Annie (2018): *Give People Money. How a Universal Basic Income Would End Poverty, Revolutionize Work, and Remake the World*. New York.
- Obama, Barack (2018): *Barack Obama's Johannesburg Speech in Full*. <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/barack-obama-speech-full-nelson-mandela-lecture-transcript-south-africa-a8452331.html>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Owen, David (2012): *The Conundrum. How Scientific Innovation and Good Intentions Can Make Our Energy and Climate Problems Worse*. New York, US-NY.

- Polanyi, Karl (1957): *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston, US-MA (Deutsch: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M., 14. Aufl., 1973).
- Pollin, Robert (2018): *Degrowth Versus a Green New Deal*. <https://newleftreview.org/issues/ii112/articles/robert-pollin-de-growth-vs-a-green-new-deal>, letzter Aufruf: 1.3.2021.
- Sachs, Jeffrey (2015): *The Age of Sustainable Development*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.7312/sach17314>).
- Solón, Pablo (2017): *Deglobalisierung*. <https://systemicalternatives.org/2017/05/10/deglobalisation/>, letzter Aufruf: 1.3.2021.
- The Economist (2009): *Turning Their Backs on the World: Globalization. The Integration of the World Economy Is in Retreat on almost Every Front*. <https://www.economist.com/international/2009/02/19/turning-their-backs-on-the-world>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Varoufakis, Yanis (2017): *Adults in the Room. May Battle with Europe's Deep Establishment*. <https://www.theguardian.com/books/2017/may/15/adults-in-room-battle-europes-deep-establishment-yanis-varoufakis-review>, letzter Aufruf: 1.3.2021.
- Wilson, Japhy (2014): *Jeffrey Sachs. The Strange Case of Dr. Shock and Mr. Aid*. London.

Anschrift des Autors:

Walden Bello

waldenbello@yahoo.com